

Pressemitteilung

„Vergesst die Älteren nicht. Demografie, Gesundheit und Pflege hohen Stellenwert einräumen!“

Sozialverbände im Land appellieren an Koalitionäre

Stuttgart 07.05.2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V., der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg und der Sozialverband VdK Baden-Württemberg begrüßen das Eintreten der Koalitionäre für Generationensolidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bemängeln jedoch, dass Belange der älteren Generation im vorgesehenen Koalitionsvertrag kaum vor-kämen. So vermissen sie wichtige Sozialthemen wie Altersarmut, Pflege, Gesundheit oder auch die erhöhte Vulnerabilität alter Menschen bei Mobilitätswende und Strukturwandel im öffentlichen Raum.

Professor Dr. Eckart Hammer, Vorsitzender des Landesseniorenrats: „Ältere Menschen werden im Koalitionsvertrag explizit nur im Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit und Demenz erwähnt. Insgesamt sind Begriffe wie ‚Senioren‘ an keiner Stelle und ‚Ältere‘ nur an zwei Stellen im gesamten Koalitionsbericht genannt“. Vor diesem Hintergrund sei es mehr als bedauerlich, dass die Stelle des Demografiebeauftragten gestrichen wurde, kritisiert Professor Hammer und ergänzt: „Der Landesseniorenrat fordert die Landesregierung daher dringend dazu auf sicherzustellen, dass die Belange der älteren Generation besser in den Blick genommen und mit dem nötigen Nachdruck vertreten und aktiv bearbeitet werden“.

Die drei Verbände appellieren an die künftige grün-schwarze Landesregierung, der demografischen Entwicklung einen hohen Stellenwert einzuräumen, und mit Blick auf fast 472 000 Pflegebedürftige im Südwesten verlangen sie mehr Augenmerk auf Pflege und Gesundheitsversorgung zu richten.

Hans-Josef Hotz, Vorsitzender des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg: „Die Pflegebedürftigen und die Pflegenden im Lande brauchen endlich mehr Unterstützung. Denn rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Daher brauchen wir mehr Pflegestützpunkte und mit mehr personeller Ausstattung. So könnten auch die pflegenden Angehörigen mehr Beratung und Unterstützung bekommen“.

Außerdem erneuert Hotz die VdK-Forderung nach schneller finanzieller Entlastung der Betroffenen und insbesondere der Heimbewohner. „Steigende Eigenanteile überfordern immer mehr pflegebedürftige Menschen und machen sie zu Sozialhilfeempfängern. Daher verlangen wir nach wie vor eine Rückkehr des Landes zur Investitionskostenförderung“.

Ebenso appelliert er an die Koalitionäre, sich auf Bundesebene für eine Pflegevollversicherung, vergleichbar der gesetzlichen Krankenversicherung, einzusetzen. „Nur so können wir das Armutsrisiko bei Pflegebedürftigkeit wirksam reduzieren.“

Weiteren Handlungsbedarf sieht der VdK Baden-Württemberg im Bereich einer guten medizinischen und bedarfsgerechten Versorgung. Sie müsse für alle Patientinnen und Patienten erreichbar und bezahlbar sein. „Der bedarfsgerechte Ausbau der sogenannten Integrierten Versorgung darf nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen“, stellt Hans-Josef Hotz klar. Es gelte, die qualitätsgesicherte Versorgung in fachübergreifend vernetzten Strukturen, und insbesondere im ländlichen Raum, auszubauen.

Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg: „Damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt leben können, sind inklusive, generationengerechte Quartierskonzepte in jedem Stadtteil erforderlich. Die Vielfalt der Pflege- und Unterstützungsangebote müssen nah bei den Menschen und für alle erreichbar sein. Nur so kann für alle pflegebedürftigen Menschen und pflegenden Angehörigen die Möglichkeit für eine individuell angepasste Versorgung und Unterstützung erreicht werden. Dazu ist eine den regionalen Gegebenheiten angepasste Pflegeplanung erforderlich, die auf verlässlichen Daten zum bestehenden Angebot und Bedarf beruht“, betont Ursel Wolfgramm. Um landesweit eine lückenlose Versorgung zu sichern, müssten Pflegestrukturdaten aus allen Regionen und Kreisen in Baden-Württemberg erhoben werden. Voraussetzung für die systematische Erfassung, Beobachtung und Analyse des Bestands und der sich entwickelnden Bedarfe bei der pflegerischen Versorgung sei die Einführung eines an den Sozialräumen orientierten Infrastruktur-Monitorings, so die Vorstandsvorsitzende. „Diese Leitplanken für eine Landespflegestrukturplanung müssen von der zukünftigen Landesregierung festgesetzt und für alle Kommunen verbindlich sein. Die dafür erforderlichen Mittel müssen grundsätzlich in den Haushalt eingestellt werden“, so Wolfgramm.

Hinweis an die Redaktionen:

Gleichlautende Pressemitteilung wird auch von DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg sowie vom Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. versendet.

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. ist ein Zusammenschluss von Kreis- und Stadtseniorenräten, Seniorenverbänden und Landesorganisationen, die auf dem Gebiet der Altenarbeit tätig sind. Die Aufgabe des Landesseniorenrats ist die Vertretung der Interessen älterer Menschen gegenüber Regierung, Politik, Verbänden und Organisationen mit dem Ziel, die vielen Facetten des Alters in der Öffentlichkeit zu verankern. Dabei geht es um gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Sicherheit der fast 3 Millionen Menschen über 60 Jahre im Süd-Westen Deutschlands. 1974 als Dachverband gegründet, arbeitet der Landesseniorenrat in Baden-Württemberg unabhängig, überparteilich und überkonfessionell.

Ihr Pressekontakt Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V.

Anja Schwarz

Telefon: 0711 - 61 38 24

E-Mail: anja.schwarz@lsr-bw.de

Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V.

Kriegerstr. 3; 70191 Stuttgart

Telefon: 0711 - 61 38 24

Internet: www.lsr-bw.de